

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Anstalt: Amt Dresden Nr. 31307
Verlag: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Rote: Stadthaus Dresden, StraÙe Blasewitz Nr. 608
Postfach-Rote: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, WeiÙer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wampitz, Niederponitz, Gosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Deper & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
81. Jahrgang

Nr 58

Dienstag, den 10. März

1925

Für einen überparteilichen Reichspräsidenten

Die Demokraten treten mit dem Vorschlag hervor, Dr. Simons oder eine andere verfassungstreue überparteiliche Persönlichkeit als Reichspräsidenten zu wählen. — Der Kommunist Remmele überschüttet im Reichstage den toten Reichspräsidenten mit Schmähungen. — Marx hält seine Preußenkandidatur aufrecht.

Ein Schreiben der Demokraten

Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgendes Schreiben an die deutsche Zentrumspartei, an die Deutschnationalen Volkspartei, an die Deutsche Volkspartei, an die Bayerische Volkspartei, an die Sozialdemokratische Partei und an den Staatsminister a. D. v. Löblich (Berlin), als dem Vorsitzenden des Ausschusses der Reichsparteien, gerichtet:

Die Vorarbeiten zur Reichspräsidentenwahl lassen erkennen, daß die Wahl einer erneuten Aufregung der alten verhängnisvollen Klaffen, gegen die sich die demokratische Bewegung, in der eine große Anzahl von Kandidaten und Parteien aufreihen, würde die Segnungen der Demokratie gefährden und zu einem unzulässigen Scheitern führen, das dem gewählten Präsidenten nicht das erforderliche Ansehen im In- und Auslande gibt. Die Vermittlung dieser Gefahr ist eine nationale Pflicht. Die demokratische Partei hat den Wunsch, daß unter den gegenwärtigen inner- und außenpolitischen Verhältnissen bei der Wahl des Reichspräsidenten sich eine möglichst große Mehrheit des deutschen Volkes auf eine Persönlichkeit vereinigt.

Die Wahl auf dem Boden der Weimarer Verfassung lebend, über den Rahmen der politischen Parteien hinaus allgemeines Ansehen und Vertrauen in das hohe Amt mitbringt.

Als eine solche Persönlichkeit betrachten wir den Präsidenten des Reichsgerichts, Herrn

Dr. Simons.

Wir sind zu gemeinsamen Beratungen auch über einen anderen, den erwähnten Voraussetzungen entsprechenden Vorschlag bereit.

Diese demokratische Anregung, ist gestern abend, wie der „Berl. Volksblatt“ mitteilt, zu so spätester Stunde ergangen, daß eine Stellungnahme des Arbeitsausschusses der Reichsparteien nicht mehr stattfinden konnte. Das Blatt glaubt jedoch, daß man diese Anregung außerordentlich ernsthaft beurteilen und nur bedauern, daß sie nicht schon eine Woche früher erfolgt sei. Zweifellos werde vom Ausschuss der Reichsparteien sehr ernst und sachlich mit den Demokraten über diese Anregung verhandelt werden. In erster Linie müßte sich diese Besprechung um die Frage drehen, ob ein bürgerlicher Einheitskandidat mit Einverständnis des Zentrums und der Demokraten überhaupt möglich sei. Die Personenfrage müßte dabei in zweiter Linie stehen, um so mehr als der demokratische Brief in seinem Schlußsatze die Möglichkeit eines anderen Kandidaten als des Reichsgerichtspräsidenten offen lasse. Dr. Simons werde voraussichtlich für die Reichsparteien kaum in Frage kommen.

Die Preußenfrage

Im preußischen Landtage fanden Montag nachmittag zwischen dem Zentrum, den Sozialdemokraten und den Demokraten Besprechungen statt.

Ministerpräsident Marx erklärte, daß er sich für die Wahl am Dienstag zur Verfügung stellen werde.

Ueber seine ferneren Absichten hinsichtlich der Regierungsbildung werde er noch Mitteilungen machen. Daraufhin beschloß der Landtag am Dienstag nachmittag 2 Uhr eine Sitzung abzuhalten mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten. Für den Fall, daß der neugewählte Ministerpräsident kein Kabinett am Donnerstag vorstellen kann, ist dieser Tag für die Entgegennahme der Regierungserklärung vorgezogen.

Das Sicherheitsproblem

Die englischen Erklärungen

Wie der Genfer Korrespondent des „E. T.“ berichtet, wird Chamberlain seine Erklärungen in der Ratssitzung am Mittwoch vormittag abgeben, und zwar wahrscheinlich in der Form einer von ihm verlesenen und gleichzeitig in London veröffentlichten Erklärung.

„Evening Standard“ sagt, es sei allgemein bekannt, daß England den Sicherheitspakt zwischen England, Frankreich und Belgien und das Genfer Protokoll ablehnt habe. Es verlautet von zuverlässiger Stelle, daß sich Chamberlains Politik auf den Westrand, der schließlich Deutschland einschließen werde, England habe sich unverbindlich für eine Verbindung der fünf Großmächte England, Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland entschieden. An den Verhandlungen hierüber solle auch Deutschland teilnehmen.

Die Haltung Belgiens

Aus diplomatischen Kreisen erfährt die „Tägliche Rundschau“, daß die belgische Regierung sich in einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter in Brüssel gegen eine Verquickung der Grenzfrage mit dem Sicherheitsproblem ausgesprochen habe.

Der belgische Außenminister Dumas erklärte, die Frage der Sicherheit habe den Hauptgegenstand seiner Verhandlungen mit Herriot gebildet. Neue Erklärungen über die Entwaffnung Deutschlands habe er nicht abzugeben. Die Sicherheit Frankreichs und Belgiens müsse in enger Zusammenarbeit mit England sichergestellt werden. Man habe auch von der Beteiligung Deutschlands an einem Sicherheitsabkommen gesprochen ohne Abweichung der belgischen Meinung von der französischen.

Die Thesen Frankreichs

Der Sonderberichterstatter der „Agentur Havas“ in Genf meldet, heute sei es möglich, die allgemeine These, die die französische Regierung vor dem Völkerbund vertreten werde, zusammenfassend wiederzugeben. Das das Genfer Protokoll betreffe, so werde Frankreich in Beantwortung der Mitteilungen Chamberlains erklären, daß es an diesem Protokoll festhalte.

Der Streik der Eisenbahner

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Dresden teilte am Montag abend mit: Die Zahl der Streikenden hat sich durch den Zutritt eines Teiles der Arbeiter in Leipzig Hauptbahnhof, Zwickau, Bayreuth und einzelnen kleinen Dienststellen etwas erhöht, andererseits mehrte sich auch die Zahl der Arbeitswilligen. Im Personen- und Güterverkehr keine Änderung der Lage.

Dresden, 10. 3. (Radio-Meldung.) In dem heutigen Bericht der Reichsbahndirektion über die Streiklage heißt es: Die Zahl streikender Eisenbahner im Reichsbahnbereich Dresden betrug heute morgen nach den in der Nacht eingeangenen dienstlichen Meldungen 1078. Für den Schluß der Nacht an Zahl zunehmenden Arbeitswilligen ist in jeder Weise gesorgt. Die streikenden Eisenbahner und Demonstrationen sind ruhig verlaufen. Der Personenverkehr wird ohne

Es habe seiner in dieser Hinsicht gemachten Erklärung weder etwas hinzuzufügen, noch etwas abzuschreiben. Die französische Regierung sei weiter der Ansicht, daß a priori kein Vorschlag auf Abschluß eines begrenzten Sicherheitspaktes, der dem Völkerbunde unterbreitet werden könne, anzunehmen sei, da sie diesen als Zusatz zu den im Protokoll vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen betrachte.

Aus diesem Grunde sei die französische Regierung der Ansicht, daß das Protokoll auf der Tagesordnung des Völkerbundes bleiben müsse.

Bezüglich der Militärkontrolle des Völkerbundes in der entmilitarisierten Zone werde Frankreich darauf bestehen, daß diese Kontrolle sich den besonderen politischen Bedingungen dieser Gegenden anpasse, d. h. daß sie

In eine ständige Form gefeibt

werde und daß weitestmöglich die Begrenzung und Art einer Verletzung präzisiert werde, die automatisch eine Intervention des Völkerbundes auslösen könne. In der Danziger Angelegenheit könne Polen auf die aktive Sympathie Frankreichs rechnen. Schließlich werde Frankreich hinsichtlich der Rolle der deutschen Regierung über den Eintritt in den Völkerbund die Versicherung geben, daß es wünsche, daß Deutschland bald dem Kreise der Nationen angeschlossen, die im Völkerbunde vertreten seien. Aber Frankreich sei der Ansicht, daß die Zulassung Deutschlands erfolgen müsse ohne Bedingung und ohne Privilegien.

Frankreich und Polen

Die Londoner Presse weist darauf hin, daß Herriot allem Anschein nach die polnischen Wünsche auf Einbeziehung in den Garantiepakt ziemlich kühl behandelt habe. Der französische Premierminister habe zwar unlängst erklärt, daß Frankreich Polen unterstützen müsse, jedoch habe er jetzt zu verstehen gegeben, daß das Zustandekommen des Garantiepaktes wichtiger sei, als die Wahrung der polnischen Rechte in der Danziger Frage. Die „Daily News“ weist darauf hin, daß die französische Regierung Polen anfordere, seine Standpunkte zum Sicherheitspakt zu revidieren. Polen werde späterhin doch ankommen sein, Konzeptionen zu machen.

Einschränkung durchgeföhrt. Im Güterverkehr ist eine gewisse Entlastung durch Umleiten von Aachen und anderen Veranlassung von Ausfallsarbeitern eingetreten.

Differenzen um die Kontrolle durch den Völkerbund

Am der Genfer Presse wird das Gerücht verbreitet, daß zwischen den militärischen und juristischen Sachverständigen Meinungsverschiedenheiten entstanden seien über die Mittel und Wege über die Sicherung der Durchführung der Aufgaben der einzelnen Kontrollkommissionen des Völkerbundes. Die juristischen Sachverständigen sollen an den von den militärischen Sachverständigen ausgearbeiteten Plan verschiedene Einwände erhoben und einen Gegenplan ausgearbeitet haben, so daß weitere Verhandlungen mit den militärischen Sachverständigen notwendig sind, bevor der Rat seine Entscheidung fassen kann.

Der Aufschluß

In den politischen Kreisen war eine lebhafteste Beunruhigung entstanden, weil die Reichsregierung sich über den Inhalt der deutschen Anregungen in der Sicherheitsfrage in freudigen Stillschweigen gehüllt hatte und auf die Meldungen der ausländischen Presse noch vor wenigen Tagen mit Dementis antwortete, die dann nachträglich durch die Rede des englischen Außenministers Chamberlain vor dem Unterhause widerlegt wurden. Es bestand also kein Zweifel daran, daß die deutschen amtlichen Stellen mit Absicht eine öffentliche Erörterung der diplomatischen Schritte verhindern wollten, die im Laufe der letzten drei Wochen bei den Regierungen in London, Paris und Brüssel vorgenommen worden sind. Die wiederholten Vorstellungen mahrender politischer Kreise bei dem Außenminister Dr. Stresemann haben nunmehr die Reichsregierung veranlaßt, Vertretern der Presse gegenüber volle Aufklärung über den Stand der Dinge zu geben. Nachdem offensichtlich die Regierungen in London und Paris die verbindliche Vertraulichkeit des deutschen Schrittes nicht wahren konnten, glaubt man in den Berliner Regierungskreisen, nunmehr auch deutschseits das Stillschweigen brechen zu können. Die deutsche Regierung hat über die Sicherheitsfrage ein schriftliches Memorandum ausgearbeitet, welches den alliierten Regierungen überreicht worden ist. Dieses Memorandum enthält eine so ausführliche Stellungnahme zu den Problemen der Grenzgarantien im Westen, daß es nicht verwunderlich ist, wenn der englische Außenminister Chamberlain von deutschen Vorschlägen gesprochen hat.

Nunmehr ist es nicht mehr zu verhüten, daß auf der Grundlage der deutschen Anregungen die Auseinandersetzungen in der Sicherheitsfrage in aller Deutlichkeit ausgefochten werden. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß es vorteilhafter gewesen wäre, wenn man es der Diplomatie überlassen hätte, durch direkte Unterhandlungen erst eine fertige Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Daburd, daß jetzt ganz offen über diese Probleme diskutiert wird, ist eine neue Lage eingetreten, die für Deutschland nicht gerade sehr erfreulich ist. Auf der anderen Seite besteht jedoch kein Grund, deutschseits den öffentlichen Erörterungen aus dem Wege zu gehen.

Ueber die Vorgeschichte des deutschen diplomatischen Schrittes wird folgendes mitgeteilt: Im Dezember vorigen Jahres, kurz nach dem Sturz der Regierung Marx, kam die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone ins Rollen. Die deutsche Regierung mußte sich darauf einstellen, eine lebhafteste Aktivität der Außenpolitik einzuleiten, um zu einer Vereinigung der kritischen Fragen zu kommen. Aus diesem Grunde wurde damals schon eine Initiative des Reichskabinetts in der Sicherheitsfrage in Erwägung gezogen, denn es stellte sich vor allen Dingen die Notwendigkeit heraus, zu verhüten, daß Pläne wie die Neutralisierung der Rheinlande und die Völkerbundkontrolle bei den alliierten Regierungen feste Gestalt annehmen konnten. Das Reichskabinett Luther hat daher die Lösung dieser Fragen in die Hand genommen und ist mit